

# Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung

## Rundbrief 68

Informationen: [www.ina-koeln.org](http://www.ina-koeln.org) | Mobil 0160 97949220  
an- und abmelden: [r.kippe@ina-koeln.org](mailto:r.kippe@ina-koeln.org)

Köln, den 07.01.2022

\*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen, liebe Freundinnen und Freunde,\*

\*\*Für eine Stadt ohne Obdachlosigkeit\*\*

\*\*Für eine Stadt ohne Drogentote\*\*

\*\*Für eine Stadt ohne Gewalt gegen Frauen und Kinder \*\*

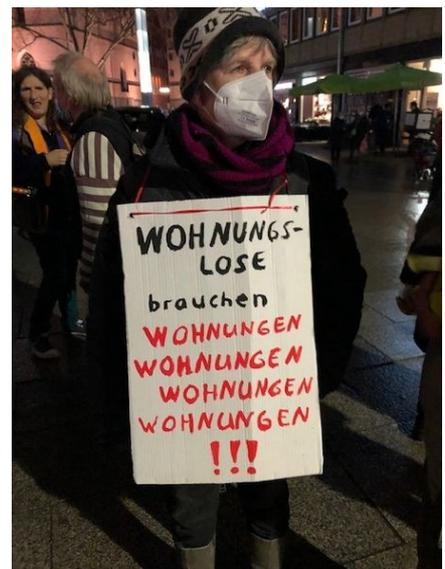
\*\*Für eine Stadt ohne Abschiebungen\*\*

\*\*Für eine Stadt ohne Armut\*

1

### 2022 und die Wohnungsnot

Von 2011 bis 2021 stiegen die Mieten in Köln um 47%, die Zahl der Wohnungslosen hat sich auf über 7.000 verdoppelt, der Bestand an Sozialwohnungen ist weiter gesunken, Zehntausenden bleiben nach Abzug der Mieten und der Heiz- und Nebenkosten nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung weniger, als das im Sozialrecht festgelegte Minimum. Trotz Tafel und andere Mildtätigkeiten: In Köln wird wieder gehungert.



Der Kölner Mieterverein zur Lage nach der Bundestagswahl:

„Der Deutsche Mieterbund begrüßt die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit. Auch der Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 geförderten, um die Wohnungsknappheit perspektivisch zu bekämpfen, entspricht den Forderungen des DMB. Vom noch im Wahlkampf angedachten Mietenstopp fehlt dagegen jede Spur, stattdessen soll lediglich die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen im Bestand in angespannten Wohnungsmärkten von 15 auf 11 Prozent minimal abgesenkt werden.

Auch der CO2-Preis muss wohl vorerst weiter alleine von den Mieter:innen aufgebracht werden. Darüber hinaus gibt es die schwammige Formulierung: ‚Wir werden die geltenden

Mieterschutzregelungen evaluieren und verlängern‘. ‚Evaluationen und Prüfaufträge sind Beerdigungen zweiter Klasse. Mieterinnen und Mieter brauchen eine Regierung, die ihre Probleme am Schopfe packt und der Mietpreistreiberei und der Verdrängung auf den deutschen Wohnungsmärkten endlich ein Ende setzt‘, erklärte Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten in einer Stellungnahme.“

<https://www.mieterverein-koeln.de/neuigkeiten/nachrichten-2021/mieterbund-kritisiert-koalitionsvertrag-als-unzulaenglich-und-sieht-nur-wenige-lichtblicke/> <<https://www.mieterverein-koeln.de/neuigkeiten/nachrichten-2021/mieterbund-kritisiert-koalitionsvertrag-als-unzulaenglich-und-sieht-nur-wenige-lichtblicke/>>

Ohne eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Bestände und vor allem ohne eine Beschleunigung der kommunalen Neubauleistungen wird es kein Ende der Wohnungslosigkeit geben.

(Andrej Holm, MieterEcho 421, S.4-6)

„Mieterinneninitiativen, die die Verhältnisse im Hier und Jetzt verändern wollen, helfen weder die sozialdemokratische Partnerschaft mit der Immobilienwirtschaft noch ein marxistischer Rigorismus wirklich weiter. Friedrich Engels hatte apodiktisch erklärt: »Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen.«<sup>21</sup> Aber die drängenden Probleme auf eine Zeit nach der Lösung von vorgeblichen Hauptwidersprüchen zu verschieben ist keine wirkliche Alternative.

Dennoch sollte man Engels' Kritik ernst nehmen, um sich der Beschränkungen der jeweiligen Regulierungen und Forderungen bewusst zu werden. Denn bei allen Zugeständnissen, die dem Kapital in einzelnen Feldern abgetrotzt werden können, zeigt die Geschichte der Wohnungspolitik auch, dass das Streben nach Gewinnmaximierung nie wirklich verschwindet. Soziale Belange der Wohnversorgung müssen deshalb immer gegen private Profitinteressen durchgesetzt werden. Eine langfristig angelegte Wohnungspolitik sollte sich daher an der Perspektive einer grundlegenden Aufhebung der bestehenden Machtverhältnisse orientieren.“ (Andrej Holm, junge welt, 8.12.2021)

Liest man das wohnungspolitische Programm, das die Grünen vor zwei Jahren auf ihrem Kreisparteitag verabschiedet haben, findet man genug, was in Köln zur Linderung der Wohnungsnot geschehen sollte. Um dahin zurückzufinden, müssen die Grünen sich erklären, wieso sie im Bündnis mit den Mächtigen der Kölner CDU ihren wohnungspolitischen Verstand verloren haben. Da die Linke die prima Idee hatte, Berlins frühere Sozialsenatorin Elke Breitenbach für den 12.1.2022 nach Köln einzuladen, könnten die Grünen Florian Schmidt, den grünen Baustadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg, ebenfalls in Köln vorstellen.

<https://wohnen-leistbar.wien/diskussionsabend-wir-holen-uns-die-stadt-zurueck/> <<https://wohnen-leistbar.wien/diskussionsabend-wir-holen-uns-die-stadt-zurueck/>>

2

## **2022 und die Obdachlosen in Köln**

Im Januar trauerten wir um Eduard, der erfroren war, im Dezember um Milan, der sich das Leben nahm, weil die Leitung der Katholischen Studentengemeinde (KSG) ihn nicht mehr in ihren

Räumen dulden wollte.

In einer anachronistischen Kontinuität aus den Zeiten als „obdachlose Personen als Störer für Rechtsgüter der Allgemeinheit angesehen wurden“, wird die Unterbringung von Wohnungslosen in der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht als eine sozialpolitische Angelegenheit betrachtet, sondern in landesrechtlichen Polizei-, Ordnungs-, Sicherheits- oder Verwaltungsgesetzen geregelt.

Am 18.12.2021 berichtete der Express ausführlich über die Arche e.V.:

„Derzeit treiben den Verein zwei Projekte besonders um: Zum einen ist da die Auffangstation für Obdach- und Wohnungslose mit Ganztages-Aufenthaltsqualität, die in Köln-Mülheim eingerichtet werden soll. Es laufen derzeit konkret Gespräche und Absprachen. Dafür benötigt „Arche für Obdachlose“ noch bis zu 100.000 Euro. Dort ist jeder Betrag willkommen, damit dieses Projekt möglichst bald in die Tat umgesetzt werden kann. Zum anderen ist ein Rechtshilfefonds für Obdach- und Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen aufgelegt worden. Auslöser war ein Bericht, in dem stand, dass ein Mitarbeiter des Kölner Ordnungsamtes einem Wohnungslosen ein Bußgeld in Höhe von 1.000 Euro angedroht hatte, weil dieser in einem Zelt hinter der Mülheimer Stadthalle übernachtet hatte. „Arche für Obdachlose“ fragt: Wie soll ein Wohnungsloser 1.000 Euro Bußgeld bezahlen? Und sagt: Mit Repression und Strafe ist dem Problem der Obdachlosigkeit nicht beizukommen. Der Rechtshilfefonds soll zunächst mit 25.000 Euro (25 x 1.000 Euro) ausgestattet werden. Mit dem Geld sollen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie eventuelle Prozesskosten bezahlt werden, wenn Ordnungs- oder Strafverfahren wegen Wohnungslosigkeit geführt werden. Der Rechtshilfefonds soll ebenso in Mieterschutzfällen helfen, wenn vermierterseits die Wohnung gekündigt worden ist und mithilfe des Vereins und Unterstützung Wohnungslosigkeit vermieden werden kann. Die ersten 1.000 Euro sind eingezahlt. „Arche für Obdachlose“ sucht und bittet um weitere 24 Mal 1.000 Euro (Stichwort: Rechtshilfefonds).

<https://www.express.de/unsere-partner/helfen-sie-mit-wir-wollen-obdachlose-unterstuetzen-82865?cb=1641200237772> <<https://www.express.de/unsere-partner/helfen-sie-mit-wir-wollen-obdachlose-unterstuetzen-82865?cb=1641200237772>>

Siehe auch: <https://www.ossietzky.net/artikel/hinter-gittern-arme-unter-sich/>  
<<https://www.ossietzky.net/artikel/hinter-gittern-arme-unter-sich/>>

In den Rundbriefen 166 und 167 haben wir erklärt, wie sich die Beziehungen der Stadtspitze, der Verwaltung und der freien Träger zu den Obdachlosen verändern müssen

**3**

### **2022 und die gemeinsamen Nöte von Flüchtlingen und Obdachlosen**

Wie soll Köln eine Aufnahmestadt für Flüchtlinge sein, wenn gleichzeitig die Obdachlosen in der Stadt ignoriert werden?

Report-K: „Kölner Flüchtlingsrat zur Auflösung der ‚Gemeinschaftsunterkünfte‘

Der Kölner Flüchtlingsrat befürchtet, dass der Kölner Ratsbeschluss zur Auflösung der ‚Gemeinschaftsunterkünfte‘ zu platzen drohe. Besonders kritisch sieht der Flüchtlingsrat, dass die Steigerung der Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten nicht garantiert werden könne.

Es ist eine Mitteilung der städtischen Verwaltung an den Integrationsrat, der den Flüchtlingsrat aufhorchen lässt. So hatte der Kölner Rat noch in seiner Sitzung am 4. Februar 2021 beschlossen, dass die Stadt jährlich die Unterbringung von Geflüchteten in abgeschlossenen Wohneinheiten um 5 Prozent steigern soll. Jetzt sagt die Verwaltung, dies könne nicht garantiert werden. 2022 sollten zudem auf die Anmietung von ‚Beherbergungsbetrieben‘ und der Betrieb von ‚Gemeinschaftsunterkünften‘ beendet werden. Aber in der städtischen Mitteilung heißt es nun, dass diese doch gehalten werden sollten und wahrscheinlich sogar wieder stärker belegt werden müssten. Das zeigt sich auch daran, dass die städtische Unterbringungsreserve von 1.500 Plätzen bereits auf 1.000 Plätze gesunken ist.

<https://www.report-k.de/koelner-fluechtlingsrat-zur-aufloesung-der-gemeinschaftsunterkuenfte/>  
<<https://www.report-k.de/koelner-fluechtlingsrat-zur-aufloesung-der-gemeinschaftsunterkuenfte/>>

4

#### **Sendungen, Meldungen, Nachrichten**

Endlich auch Obdachlose mit Zukunft in Berlin:

Zwei Wochen nach Besetzung „Unglaublicher Erfolg“ –

Obdachlose in leerstehendes Wohnhaus in Berlin-Mitte eingezogen

<https://m.tagesspiegel.de/berlin/zwei-wochen-nach-besetzung-unglaublicher-erfolg-obdachlose-in-leerstehendes-wohnhaus-in-berlin-mitte-eingezogen/27937872.html>

<<https://m.tagesspiegel.de/berlin/zwei-wochen-nach-besetzung-unglaublicher-erfolg-obdachlose-in-leerstehendes-wohnhaus-in-berlin-mitte-eingezogen/27937872.html>>?

Auch die Taz berichtet

<https://taz.de/Besetztes-Haus-in-Berlin!/5825482/> <<https://taz.de/Besetztes-Haus-in-Berlin!/5825482/>>

Der Spiegel: „Findet die Ampel die Wunderwaffe gegen Wohnungsnot?“

(Leider mit Bezahlschranke, der volle eigentümerfreundliche Text ist im Spiegel von 30.12.2021)

Die Mieten sind hoch wie nie, es wird ideologisch gestritten – und manche fordern Enteignungen.

Die neue Bundesregierung verspricht nun Abhilfe. Doch allein ist sie machtlos.“:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/findet-die-bundesregierung-die-wunderwaffe-gegen-wohnungsnot-a-62334228-ff06-43fd-9e3e-9b8e2d8c47a0>

<<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/findet-die-bundesregierung-die-wunderwaffe-gegen-wohnungsnot-a-62334228-ff06-43fd-9e3e-9b8e2d8c47a0>>

"Hinter „Housing First“ steckt ein einfacher Grundgedanke: Erst ein Zuhause gibt Menschen Kraft, die eigenen Probleme anzugehen – etwa nach einem Job zu suchen oder einen Drogenentzug zu wagen. Andere Länder setzen dagegen meist auf den umgekehrten Weg: Obdachlose müssen zunächst beweisen, dass sie ihr Leben tatsächlich ändern wollen, zum Beispiel indem sie Anti--

Gewalt-Programme oder eine Entzugsstation besuchen. Während dieser Phase wohnen sie in temporären Einrichtungen. Erst wenn sie Erfolge nachweisen können, dürfen sie auf eine eigene Wohnung hoffen – ein Weg, der oft viele Jahre dauert. Denn in den Notunterkünften ist es meist schwer, gute Vorsätze umzusetzen: Die Mitbewohner dort haben soziale Probleme, die Kriminalität ist hoch. Viele suchen die Obdachlosenheime deshalb erst dann auf, wenn es gar nicht mehr anders geht.

Vor zwölf Jahren hat Finnland begonnen, seine großen Obdachlosenheime aufzulösen und in kleinere Einheiten mit Einzelwohnungen umzuwandeln. Außerdem wurden Apartments angekauft und zahlreiche Neubauten wie die Anlage in Espoo geschaffen.

Die Kosten für das ehrgeizige Projekt sind hoch: 250 Millionen Euro hat Finnland für neue Wohnungen und 300 zusätzliche Sozialarbeiter ausgegeben. Aber Studien zeigen, dass mit dem System auch Geld gespart wird: Die Notaufnahmen, Sozialstationen und der Justizapparat melden, dass sie mit jedem Neu-Mieter insgesamt 15000 Euro pro Jahr sparen. Mittlerweile übernehmen auch erste Städte in Deutschland das Konzept."

<https://www.geo.de/wissen/22923-rtkl-erstaunlicher-erfolg-warum-auf-finnlands-strassen-kaum-noch-obdachlose-leben> <<https://www.geo.de/wissen/22923-rtkl-erstaunlicher-erfolg-warum-auf-finnlands-strassen-kaum-noch-obdachlose-leben>>

Wohnungslos und weggeschoben: Die Geschichte von Stefan J.

Innerhalb kurzer Zeit verliert Stefan J. Arbeit und Wohnung. Er kommt in eine Notunterkunft. Die Zustände dort beschreibt er als „menschenunwürdig“. Wer ist dafür verantwortlich?

<https://www.merkur.de/lokales/muenchen-lk/kirchheim-ort43310/kirchheim-wohnungslos-und-weggeschoben-die-geschichte-von-stefan-91205178.html>

<<https://www.merkur.de/lokales/muenchen-lk/kirchheim-ort43310/kirchheim-wohnungslos-und-weggeschoben-die-geschichte-von-stefan-91205178.html>>?

Vor einem Jahr

Umzug des OMZ von der Markt- in die Gummersbacher Straße

<https://www.meinesuedstadt.de/obdachlose-mit-zukunft-ziehen-um/>

<<https://www.meinesuedstadt.de/obdachlose-mit-zukunft-ziehen-um/>>

## 5

### Termine

**12.1.2022, 18 h Die Linke** hat die ehemalige Berliner Sozialsenatorin Elke Breitenbach nach Köln zugeschaltet

**13.1.2022 14:30 h Kundgebung** mit und für die Obdachlosen vor der Sitzung des Sozialausschuss

Für eine Stadt ohne Obdachlosigkeit

Für eine Stadt ohne Drogentote

Für eine Stadt ohne Gewalt gegen Frauen und Kinder

Für eine Stadt ohne Abschiebungen

Für eine Stadt ohne Armut

7. Januar 2022

Klaus Jünschke und Rainer Kippe